
Sonderfall Ost – Normalfall West?

Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern

Matthias Quent

Ist der sich nach der deutschen Vereinigung konjunkturell vor allem durch brutale Gewalttaten in das öffentliche Bewusstsein drängende Rechtsextremismus eine Spätfolge der Sozialisation und der politischen Kultur in der ehemaligen DDR? Rostock-Lichtenhagen, Wahlerfolge der NPD, NSU und „PEGIDA“: So zuverlässig, wie der innovationsfähige Rechtsextremismus (zum Innovationsbegriff: Kollmorgen & Quent, 2014) Wege findet, sich als Bewegung am Leben zu erhalten, seine Feinde einzuschüchtern und zu provozieren, so zuverlässig wird auch versucht, seine Ursachen im Vergangenen zu verorten. Am Beispiel der Debatte um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) werden in diesem Beitrag öffentliche Argumentationsweisen der diskursiven Darstellung des Rechtsextremismus als eine Folgeerscheinung der DDR diskutiert und diesen Diskussionssträngen einige Befunde der empirischen Forschung gegenübergestellt.

In der autobiografischen Erzählung „Eisenkinder“ thematisiert Sabine Rennefanz (2013) das Narrativ des „braunen Ostens“:

„Verwahrlosung, höhere Gewaltbereitschaft und fremdenfeindliche Einstellungen waren im Kern schon vor 1989 in der DDR stärker ausgeprägt als in der Bundesrepublik“, schreibt Klaus Schroeder im Tagesspiegel. Auch er führt das Neonazi-Potenzial auf die Vollerwerbstätigkeit der Mütter und die Einbindung in ‚staatliche Institutionen‘ zurück. Staatliche Institutionen, das klingt, als wären Kinderkrippen Gefängnisse gewesen. Ausbildungslager für kleine Neonazis. Das Tora-Bora des Ostens.“ (Rennefanz, 2013, S. 6)

„Die DDR sei schuld, die autoritäre Erziehung, sagten die Kollegen, außerdem wisse man ja, dass im Osten der Rechtsextremismus Mainstream sei, eine Aufarbeitung der Nazi-Zeit habe nie stattgefunden. Mich machte das wütend.“ (Ebd., S. 7)

„Aus dem Osten kamen nur Nazis, Stasi-Leute und Arbeitslose.“ (Ebd.)

„Dönermorde, so wurden die Verbrechen verniedlichend genannt. Türken untereinander meucheln sich, so klang das. Jetzt war es ein Problem der Ostdeutschen. Wieder hatte es nichts mit den Westdeutschen zu tun. In den folgenden Tagen achtete ich darauf, und mir fiel ein Muster auf. Es gab immer wieder den gleichen Reflex: Taucht ein Problem in Ostdeutschland auf, wird es gleich zum ‚typisch ostdeutschen‘ Thema. Gibt es in Westdeutschland ein Problem, ist es gesamtdeutsch.“ (Ebd.)

Anhand dieser (und weiterer) Beispiele drückt die in der ehemaligen DDR geborene Autorin ihr Unbehagen mit der Etikettierung der neuen Bundesländer als Hort des Rechtsextremismus aus – ohne die brutale Virulenz zu verharmlosen, mit der der Rechtsextremismus dort sichtbar wurde. Nicht in der DDR-Sozialisation, sondern in der Entsicherung, Orientierungs- und Kontrolllosigkeit der Wendejahre sieht die Autorin die ausschlaggebenden Gründe für Wut und abweichendes Verhalten der „verlorenen Generation“ (DER SPIEGEL, 46/1991) der Wendejugend. Rennefanz, ein Jahr nach dem NSU-Terroristen Uwe Mundlos geboren, wendet sich nach der Vereinigung einer christlichen Sekte zu; zufällig, wie sie rückblickend sagt – also eine Frage der *Gelegenheit*:

„Nicht nur die anderen, die sich den Schädel rasierten und die Deutschlandkarte in den Grenzen von 1939 aufhängten, waren empfänglich für einfache Wahrheiten. Auch ich sehnte mich nach Übersichtlichkeit, nach Einfachheit, nach einer Heimat. Ich hätte wahrscheinlich auch Islamistin, Scientologin oder vielleicht, unter besonderen Umständen, Neonazi werden können. Es war nur eine Frage, wer mich zuerst ansprach.“ (Rennefanz, 2013, S. 121)

Es spricht in der Tat einiges dafür, dass für Individuen *systematische Zufälle* ausschlaggebend dafür sein können, sich einer rechten Clique anzuschließen. Denn welche Gelegenheitsstrukturen und Sozialisationsinstanzen sich dem Einzelnen anbieten, ist für ihn zunächst kaum zu beeinflussen: In welchem Ort oder Stadtteil mit Kontakt zu welchen Cliquen wächst man auf, welcher wohnortnahe Jugendtreffpunkt wird genutzt, wer ist einflussreich in der Peergroup? Dennoch sind diese Gelegenheits- und Sozialisationsstrukturen politisch erzeugt, schließlich sind die Wohn- und Versorgungsqualität sowie Infrastruktur und Ausrichtung der Jugendarbeit das Resultat sozioökonomischer Entwicklungen und politischer Entscheidungen. Bereits Birgit Rommelspacher (2006) identifiziert Zufälligkeit als einen

Faktor für das Verständnis von Einstiegsprozessen in rechtsextreme Gruppierungen und resümiert:

„Wie ‚zufällig‘ auch immer die Einzelnen in die Szene hineingerutscht sein mögen, je mehr sie sich involvieren lassen und sich selbst engagieren, desto mehr stellt sich die Frage, warum sie in dieser Szene bleiben und was das Spezifische am Rechtsextremismus ist, das ihn für die Jugendlichen so attraktiv macht“ (Rommelspacher, 2006, S. 570).

Eng damit verknüpft sind die Fragen, wie Akteure der rechtsextremen Szene sich *radikalisieren* oder *deradikalisieren*; welche Faktoren eine Eskalation politischer Gewaltbereitschaft begünstigen und was dazu führt, dass aus dem gleichen Aktivistenstamm NPD-Politiker, Rechtsterroristen, politisch Inaktive oder Aussteiger hervorgehen. Die Bedeutung der Prägung von Einstellungen und Werten durch familiäre Einflüsse und sozialpsychologische Variablen (vor allem Autoritarismus) darf dabei nicht vernachlässigt werden. Denn: „Dem Individuum obliegt ein politischer Entscheidungs- und Handlungsspielraum darüber, wie Erfahrungen, Wahrnehmungen, die eigene Sozialisation und spezifische Situationen verarbeitet werden“ (Quent, 2012a, S. 72).

Mit der Aufdeckung des – medial häufig wahlweise als *Jenaer* oder *Zwickauer* Terrorzelle bezeichneten – NSU hat die Debatte um das „braune Erbe“ der DDR wieder an Fahrt gewonnen. Die Thüringer Allgemeine (Debes, 2013) titelte zum Beispiel: „War die Revolution 1989 für die NSU-Morde mitverantwortlich?“ und die Süddeutsche Zeitung meinte zu wissen: „Die Spurensuche führt zu Tugenden, die schon die erste deutsche Diktatur zusammenhielten: Überhöhung der Gemeinschaft, Einordnung in autoritäre Denkmuster [...]“ (von Bullion, 2011).

Diese Beispiele stehen symptomatisch für zahlreiche und notwendige Versuche, die komplexen Ursprünge des NSU in seinem zeitlichen Entstehungskontext zu betrachten. In der Debatte um das Trio hat sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit jedoch vor allem in ihren Vorurteilen vom „braunen Osten“ bestätigt gesehen, meint der Soziologe Stephan Lessenich (2013) und beobachtet, dass sich das Deutungsangebot, nach dem die „neuen Nazis die mentale Saat des untergegangenen Arbeiter- und Bauernstaats aufgehen lassen“ (Lessenich, 2013, S.141), wieder wachsender Beliebtheit erfreut. Gesellschaftspolitisch ist dieser Diskurs hochproblematisch, weil die Betonung des *Sonderfalls* Ost die Abgrenzung gegenüber dem vermeintlichen *Normalfall* West impliziert, in dem keine spezifischen begünstigenden Faktoren des Rechtsextremismus zu finden seien – zumindest keine, die der Erwähnung wert wären, und die folglich auch nicht genannt, diskutiert oder gar aufgearbeitet werden müssten. Dann dürfte allerdings beispielsweise die west-

deutsche Stadt Dortmund heute keine „Hochburg der autonomen Nationalisten“ (Luzar & Sundermeyer, 2010) sein. Mit besonderem Nachdruck widerlegt auch die Existenz von Rechtsterrorismus in der BRD vor 1989 das Bild.

Rechtsextremismus in der alten BRD

In beiden Teilen des getrennten Deutschlands existierten bereits zwischen 1945 und 1990 rechtsextreme Orientierungen, Organisationen, Gewalt und rechts-extremer Terror. Für die alte Bundesrepublik liegen dazu ausführliche Darstellungen vor (zum Beispiel Greiffenhagen, 1981; Heitmeyer, 1988; Hirsch, 1989; zusammenfassend: Botsch, 2012; Stöss, 2010). Allein zwischen 1979 und 1988 töteten Rechtsterroristen in der BRD 27 Menschen (Rosen, 1990, S. 49), davon 13 beim Münchner Oktoberfestattentat im September 1980. Im Kontext der Genese einer *neonazistischen* Szene in den 1970er Jahren entwickelten sich rechtsterroristische Strukturen, zum Beispiel die „Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland“, die zeitweise über 400 Personen umfassende paramilitärische Kampfgruppe „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die „Hepp-Kexel-Gruppe“ oder die „Deutschen Aktionsgruppen“ um Manfred Roeder (Pfahl-Traugher, 2001, S. 85). In den 1960er Jahren zog die NPD als neu gegründete Sammelpartei alter und neuer Nazis in mehrere Landesparlamente ein – vor dem gesellschaftspolitischen Hintergrund der ersten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik und Tendenzen einer politischen Polarisierung der Gesellschaft durch die Große Koalition. 1969 war die NPD mit 4,3 Prozent der Stimmen einem Einzug in den Deutschen Bundestag so nah wie nie wieder. Die Wahlen leiteten eine Trendwende ein, in deren Folge die NPD bis Mitte der 1990er Jahre in der parlamentarischen Bedeutungslosigkeit versank.

Die SINUS-Studie (1981) über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen unter dem Titel „5 Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ lieferte erstmalig empirisches Material über das rechtsextreme Einstellungspotenzial in der damaligen Bundesrepublik. Der Befund, nach dem mehr als 13 Prozent der westdeutschen Bevölkerung über ein rechtsextremes Weltbild verfügte, erregte große öffentliche und wissenschaftliche Beachtung. Ab Mitte der 1980er Jahre gewannen DIE REPUBLIKANER mit offen ausländerfeindlicher Programmatik an Bedeutung; 1989 konnten sie erst- und einmalig in das Europäische Parlament einziehen.

Rechtsextremismus in der DDR

Aufgrund der Zensur in der DDR ist die Quellenlage hierzu weitaus bescheidener. Ab 1989 erschienen die ersten ausführlichen Darstellungen zum *Rechtsextremismus in der DDR*. Ergebnisse einer Studie des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig von 1988 konnten erst nach dem Fall der Mauer publiziert werden. Sie erlauben einen Einblick in die Mentalitäten junger DDR-Bürger und deren Einstellungen gegenüber Faschismus, Nationalismus und Migration. Durch eine Wiederholung der Befragung im Jahr 1990 lassen sich Veränderungen in der Wendezeit identifizieren. 1988 stimmten 12 Prozent der befragten Schüler und 15 Prozent der Lehrlinge der Aussage zu: „Der Faschismus hatte auch seine guten Seiten“. 1990 waren die Werte nur leicht erhöht (Schüler: 14 Prozent, Lehrlinge unverändert). Deutlicher war die Zunahme chauvinistischer Einstellungen von 12 auf 23 Prozent unter den Schülern und von 15 auf 20 Prozent unter den Lehrlingen, welche die Einschätzung teilten, dass „[d]ie Deutschen schon immer die Größten in der Geschichte [waren]“ (Heinemann, Schubarth & Brück, 1992, S. 20ff.). 1988 stimmten 44 Prozent der Schüler, 67 Prozent der Lehrlinge und 20 Prozent der Abiturienten der Aussage „Deutschland den Deutschen!“ zu. Zwischen 12 (Abiturienten) und 46 (Lehrlinge) Prozent forderten „Ausländer raus!“ (Heinemann et al., 1992, S. 87).

Ein menschenfeindliches Fundament war bereits in der DDR vorhanden. Bekannt sind Schlägereien, nazistische und antisemitische Aktionen sowie Schmierereien und Friedhofsschändungen (Quent, 2012b). Darüber hinaus gab es terroristische Anschläge mit zumindest vermutetem „faschistischem“ Hintergrund, vor allem gegen die sowjetische Besatzungsarmee. Die umfassende Aufarbeitung der rechtsextremen Gewalt und der möglichen Verquickung der Staatssicherheit in rechtsextreme Terrorgruppen der BRD (zum Beispiel des Rechtsterroristen und Stasiagenten Odfried Hepp) steht noch aus.

In den 1970er Jahren traten die neuen subkulturell geprägten Rechtsextremen in der DDR sichtbar in Erscheinung. Dafür ernteten sie bei ihren „Kameraden“ in der BRD Staunen und Anerkennung. Mitte der 1980 Jahre wurde in der neonazistischen Publikation „Klartext“ – dem Organ der 1992 verbotenen Partei „Nationalistische Front“ – über offene Verharmlosung des Nationalsozialismus durch Fangruppen ostdeutscher Fußballvereine berichtet:

„Berlin (Ost): Nach dem Pokalspiel Union Berlin – Chemie Leipzig zogen Fan-
gruppen durch die geteilte Stadt. In Sprechchören forderten sie die Freiheit für
Deutschland. Unter Absingen der Nationalhymne und anderer nationalistischer Lie-
der bewiesen sie, dass nicht alle Jugendliche der Zone auf das ‚Gefasel‘ der dort
Herrschenden hereinfallen. (Genau wie hier in der ‚BRD‘) Erstaunlich für unsere
teilnehmenden Kameraden war die sehr gute Kenntnis von alten nationalsozialis-
tischen Kampfliedern, – und die außerordentliche Zurückhaltung der Ostpolizei!“
(Fromm, 1993, S. 72)

Wie in der BRD entwickelten sich in der DDR nicht konforme Jugendkulturen.
Die Punks und Skinheads differenzierten sich mit der Zeit aus – zum Beispiel
in die antirassistischen „Red-Skins“, vorgeblich unpolitische „Oi-Skins“, rechte
Skinheads und die am stärksten politisierten „Faschos“. Letztere distanzieren
sich zum Teil vom Skinlook und legen stattdessen auf ein diszipliniertes Äußeres
Wert und stellen das Politische in ihren Werten vor das Subkulturelle. Die rechten
Skinheads in der DDR waren überaus antisemitisch und ausländergeföndlich einge-
stellt. Dies wird unter anderem in ihren Gesängen deutlich. Beliebte war in Bezug
auf das NS-Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar zum Beispiel der Slogan:

„Hast du Hunger, ist dir kalt, dann geh zurück nach Buchenwald. Dort werden wir
uns ein Süppchen kochen, aus Judenfleisch und Russenknochen. Ofen sieben, Klap-
pe acht – ach, wie hat das Spaß gemacht!“ (Heinemann et al., 1992, S. 43)

Offiziell gab es so etwas in der DDR nicht. Noch im August 1989 behauptete die
staatliche DDR-Nachrichtenagentur *ADN*, Vorstellungen über neonazistische Ten-
denzen in der DDR seien „purer Unsinn“ (Siegler & Bittermann, 1991, S. 37).

Diese kategorische Abwehr geht auf den ideologischen Legitimationsmythos
der DDR und ihr orthodox-kommunistisches Faschismusverständnis in Kategorien
der 1930er Jahre zurück, welches freilich erweitert und als *Monopolgruppentheo-
rie* ausdifferenziert wurde. Dahinter stand die Vorstellung, der Faschismus sei „die
offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten
imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Dimitrov, 1935). Mit Bodenre-
form und Enteignungen, so die SED-Logik, seien die Wurzeln des Faschismus in
der DDR beseitigt worden – im Gegensatz zur BRD, wo der Kapitalismus jederzeit
wieder unmaskiert seinen faschistischen Charakter hätte offenbaren können.

Mit der realen Gestalt des Nationalsozialismus als Massenbewegung hatte die-
se Sicht wenig gemein. Auch die nicht seltenen rechtsextremen, rassistischen und
antisemitischen Vorfälle in der DDR führten nicht zu einer Revision dieser Per-
spektive. Nach dem Überfall von rechtsextremen Skinheads auf ein inoffizielles
Punkkonzert in der Ostberliner *Zionskirche* im Oktober 1987 unter den Augen der

Volkspolizei, die nicht eingriff, wurde erstmals in der DDR-Presse über das Thema berichtet; mehrere der Angreifer wurden in der DDR verurteilt. Der Auszug einer Anklageschrift bringt das Paradox der Verurteilung von etwas, das es nicht geben darf, auf den Punkt:

„Wie die Anklageschrift weiter hervorhebt, wurden während der Ausschreitungen von den Rowdys immer wieder Parolen aus der Nazizeit ausgestoßen, was in der DDR, wo der Faschismus mit all seinen Wurzeln ausgerottet ist, unter Strafe steht.“ (Schumann, 1990, S. 47)

Im Umgang mit neonazistischen Jugendgruppen, die in den 1970er Jahren in West wie Ost entstanden, wirkte sich die Antifaschismuskonzeption der DDR direkt aus: Politische Tatmotive blieben unaufgeklärt, rechtsextreme Straftäter wurden als „Rowdys“ abgeurteilt. Gegen solche wurden in den ausgehenden 1980er Jahren zum Teil empfindliche Freiheitsstrafen verhängt. Durch den hohen Sanktionsdruck waren die einzukalkulierenden Kosten für Rechtsextreme in der DDR hoch. Konventionelle Wege, um politisch abweichende Meinungen öffentlich zu artikulieren, beispielsweise in Form von Kundgebungen oder Publikationen, standen den Rechtsextremen in der DDR so gut wie nicht zur Verfügung. Für diese Jugendlichen, erörtern Bergmann und Erb (1994, S. 94), „stellten Gewaltaktionen bereits zu DDR-Zeiten ein zentrales Handlungsschema dar. [...] Eine hohe Gewaltakzeptanz und -bereitschaft war also bereits in der DDR erworben worden.“ Durch diese Militanz, so Schumann (1990, S. 36), unterschied sich der Ost-Rechtsextremismus von anderen „Gegenkulturen in dieser Altersgruppe“.

Inwieweit die Inhaftierung von Rechtsextremen deren Resozialisierung diene, ist fragwürdig, wie die folgenden Fälle veranschaulichen:

„Jene, die mit dem Gesetz kollidierten, erhielten in der Szene die Aura eines Märtyrers. Bezeichnend sind die Beobachtungen, die Oliver im Jugendstrafvollzug Ichtershausen machte. Er war 1988 zu zweieinhalb Jahren verurteilt worden, weil er mit vier Freunden den jüdischen Friedhof in der Schönhäuser Allee in Berlin verwüstet hatte. Nach seiner Entlassung antwortete er im Mai 1990 auf die Frage, ob er nicht befürchte, von Skins oder Neonazis als rechter Heroe vereinnahmt zu werden: ‚Das wurden wir schon im Gefängnis. Da saßen Leute, die haben sich alle Presseauschnitte über uns an die Wand gepinnt. Da waren wir die dicken Vorbilder, die es den Juden mal gezeigt haben.‘“ (Ebd.)

In einem 1990 erschienenen Leserbrief an die „Junge Welt“ gaben zwei inhaftierte Ost-Nazis, die sich als Repräsentanten dort einsitzender „Glatzen“ präsentierten, Einblicke in ihr Selbstverständnis als *verfolgte Idealisten*:

„Wir sind zwei Knaster, die im Jugendhaus Halle einsitzen. Beide, knapp 19 Jahre alt, haben wir zwar keine Neger und Punks geklatscht, aber Schwule. Da wir beide Deutsche sind, können wir homosexuelle Personen nicht tolerieren. Immer mehr Ausländer überschwemmen Deutschland, vergewaltigen deutsche Frauen, doch das wird in den Medien totgeschwiegen. Über uns Skins wird gehetzt, wir werden gehasst und gejagt. Trotz allem wird eine Glatze nie aufgeben, sich für ihre Ideale und Ziele einzusetzen. Naumann und Braun im Namen aller einsitzenden Glatzen des Jugendhauses Halle.“ (Ebd.)

Ein beteiligter Skin des Überfalls auf die Zionskirche in Berlin, für den er zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, schilderte ebenfalls, sein Gefängnisaufenthalt habe bestärkend auf seine politischen Überzeugungen und seine emotionale Ablehnung gewirkt:

„Seit dem Knast habe ich einen dermaßen Haß auf dit ganze System hier, dermaßen Haß auf alles was rot ist oder links ist. Das hat sich so reingefressen, also das ist im Prinzip extrem“ (Heinemann et al., 1992, S. 53).

Spätestens mit dem Gefängnisaufenthalt, resümieren die Autoren des Buches „Der Antifaschistische Staat entlässt seine Kinder“, begriff der Skin, „daß in der DDR Skinhead zu sein, mehr ist als nur Mode und Protest“ (ebd.). Nach der Haftentlassung setzte der Gewalttäter seine politische Karriere in der NPD fort (ebd.).

Derartige Beispiele ließen sich fortsetzen – die Dunkelziffer der Rechtsextremen in Ost- und Westdeutschland, welche Gefängnisse auf einer höheren *Radikalisierungsebene* verlassen als betreten haben, dürfte erheblich sein. Gefängnisaufenthalte wurden gezielt dazu genutzt, um Netzwerke zu knüpfen und um straffälligen Szeneangehörigen das Gefühl zu vermitteln, sie seien gesellschaftlich ausweglos isoliert, während einzig die rechtsextreme Szene Verständnis, Kameradschaft und Unterstützung aufbringen würde. Das war auch die wichtigste Aufgabe der 1979 in der alten Bundesrepublik gegründeten „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG), die im September 2011 verboten wurde. Seitdem wird die Unterstützungsarbeit unter dem Namen „Gefangenenhilfe“ mit offiziellem Sitz in Schweden weitergeführt – auch für Beschuldigte im NSU-Prozess.

Im Rahmen des Häftlingsfreikaufs wurde auch eine unbekannte Zahl inhaftierter DDR-Nazis von der BRD freigekauft: darunter 1974 der aus Pößneck stammende Rechtsextremist Uwe Behrendt. Im Westen suchte er Kontakt zu rechtsextremistischen Organisationen und zur paramilitärischen „Wehrsportgruppe Hofmann“. Im Dezember 1980 erschoss Behrendt in Erlangen den Rabbiner Shlomo Lewin und dessen Frau Frieda Poeschke. Ein Jahr später beging der mithil-

fe der palästinensischen Fatah in den Libanon geflohene Behrendt Suizid. Einige der freigekauften DDR-Häftlinge fungierten als Vermittler zwischen Ost-Nazis und der BRD-Szene (Bergmann & Erb, 1994, S. 84). Gründungsmitglieder des „Thüringer Heimatschutz“ unterhielten beispielsweise Kontakte zum führenden West-Neonazi Arnulf Priem, der in der DDR wegen neofaschistischer Betätigung verhaftet und 1968 von der BRD freigekauft wurde.

In der DDR waren die Skingruppen spätestens ab 1988 untereinander städteübergreifend vernetzt, wie aus einem Bericht der Kriminalpolizei von 1990 hervorgeht (Schumann, 1990, S. 142ff.). Die Kripo attestierte der Szene zudem „republikweite konspirative Vernetzungen“ und ein „starkes Bestreben [...], Waffen zu erlangen, sich wehrsportlich zu trainieren, um erforderlichenfalls nicht einsichtige ‚Andersdenkende‘ zu disziplinieren sowie mit diesen Mitteln in einem Nationalsozialistischen Deutschland zu agieren“ (ebd.). Nach den polizeilichen Erkenntnissen rekrutieren sich die „Personen der neofaschistisch orientierten Szene [...] aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung der DDR“. Bildungsweg und Qualifikation, Familie der Eltern und allgemeine Lebensumstände entsprachen dem Querschnitt dessen, was in der Gesellschaft anzutreffen war (ebd.) – auch Professorenkinder: zum Beispiel der Jenaer Uwe Mundlos, der bereits ab 1988, knapp 15-jährig, mit kurz geschorenen Haaren, Bomberjacke und Springerstiefeln in die Schule kam und im Werkunterricht Hakenkreuze ritzte. Die DDR kritisierte er in der Schule öffentlich und stellte ihr die „guten Seiten“ des „Dritten Reichs“ entgegen.

Der vorhandene Rechtsextremismus in der DDR zeigte sich bis zu deren Ende. Als die Bevölkerung ihrer Wut und ihrem Frust über das SED-Regime bei den Montagsdemonstrationen vielerorts Luft machten und das Ende der DDR einläuteten, witterten auch rechtsextreme Gruppen Morgenluft. 1989 traten zum Beispiel bei den Leipziger Demonstrationen massiv und offen rechtsextreme Gruppen auf und verteilten unter anderem Materialien von NPD, DVU, REPUBLIKANERN und der 1995 verbotenen FAP (Heinemann et al., 1992, S. 49; Schumann, 1990, S. 93).

„Viele Möglichkeiten“

Unmittelbar nach der Wende agierten größere subkulturelle rechte Skingruppen überall im Osten. Allein in Thüringen fanden zahlreiche rechtsextreme Konzerte mit bis zu 700 Teilnehmern statt. Rechte Skinbands, die aus der BRD zu den Auftritten in die neuen Länder kamen, schätzten die Auftrittsmöglichkeiten sowie fehlende öffentliche wie behördliche Sanktionen. Der Journalist Rainer Fromm

interviewte in dieser Phase die neonazistische Skinband „Kraftschlag“, die 1992 das Album „Live in Weimar“ veröffentlichte, auf dessen Cover ein Reichsadler mit Hakenkreuz abgebildet ist. Auf der indizierten Platte des im thüringischen Weimar aufgezeichneten Konzertes singen Band und Publikum unter anderem Zeilen wie „Gegen Rassenvermischung“, „Sieg Heil!“, „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“, „Deutschland erwache“, „Scheiß auf die 6-Millionenlüge – Juden raus!“, „Radikal für Deutschland ist das Gebot der Zeit, sammelt euch auf der Straße, seid zum Rassenkrieg bereit“ und „Deutsche Frau halt dein Blute rein vor dem Ausländerschwein“ (Kraftschlag, 1992). Im Interview mit Rainer Fromm äußerte sich die Band „begeistert“ über einen Auftritt in Thüringen:

„Wir würden jederzeit wieder dort spielen.“ Der Unterschied zwischen neuen und den alten Bundesländern sei,

„[d]a [im Osten, MQ] kann man seine Musik viel freier der Öffentlichkeit präsentieren, die fragen da nicht so dumm. [...] In den neuen Bundesländern gibt es viele Möglichkeiten für Konzerte. Dort kriegt man fast jeden Saal. Hier blocken die meisten ab, das ist drüben anders. Da kriegen wir Hallen bis zu 2000 Personen. Das ist auch billiger“ (Fromm, 1993, S. 106).

Neben Rechtsrockbands warben verschiedene rechtsextreme Parteien um die Gunst der jungen Neonazis im Osten, so auch die NPD. Deren damaliger Bundesvorsitzender Günther Decker bereiste den Freistaat Thüringen im Februar 1992 erstmals anlässlich von Demonstrationen in Gera. Um lokale Parteistrukturen aufzubauen, übernahmen westdeutsche Kreisverbände der NPD „Patenschaften“ für die NPD-Zusammenschlüsse im Osten. Verbände aus Hessen und Bayern sicherten zum Beispiel den finanziellen, logistischen und ideologischen Aufbau der Partei in Thüringen. Verbal stand die NPD der Skinszene kaum an Radikalität nach. Die „Infozeitung“ des Thüringer Landesverbandes titelte 1992: „Asylbetrüger und Invasoren vergiften unser Trinkwasser“ (Fromm, 1993, S. 60).

In den Folgejahren profitierten die Rechtsextremen von „Legitimationsgewinnen“ (Willems, zitiert in: Funke, 2012, S. 14) im Zuge der bundesweiten Gewalteskalation gegen Asylsuchende in den Jahren 1991 bis 1993. Mit der medial und politisch aufgeheizten Stimmung in der sogenannten Asyldebatte wurde den rechten Gewaltgruppen ein neues Angriffsziel präsentiert, welches

„im Gegensatz zu bisherigen Opfern (Polen, Vietnamesen, Russen) noch weniger integriert und noch weiter außerhalb der ‚span of sympathy‘ [...] lag und in den man die ‚Ursachen‘ für die wahrgenommenen sozialen Missstände direkt und erfolgreich angreifen konnte“ (Bergmann & Erb, 1994b, S. 89).

Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer
Untergrund“

Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen

Frindte, W.; Geschke, D.; Haußecker, N.; Schmidtke, F.
(Hrsg.)

2016, XXII, 487 S. 40 Abb., 14 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-09996-1